

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugnehmern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Gewerkschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Zeitungsbüro: Dresden, Postfach 17259 / Verlagsbüro: Dresden, Postfach 17259 / Druckerei: Dresden, Postfach 17259 / Redaktion: Dresden, Postfach 17259 / Druckerei: Dresden, Postfach 17259

2. Jahrgang Montag, den 27. Dezember 1926 Nummer 289

Diktaturpläne

Berlin, 27. Dez. (Eig. Drahtbericht.)
Der Teil der Montag-Preße, welche über Pläne der Deutschnationalen zu berichten, die im Zusammenhang mit der bevorstehenden Regierungsbildung auf einen Staatsstreich hinauslaufen. So meldet die „Welt am Montag“, daß die Deutschnationalen am Hofe Hindenburgs die lange Reichstagspause zur Förderung ihres Planes benutzen und die Einsetzung eines provisorischen Kabinetts aus deutschnationalen Parteien fordern. Nach einem Mißtrauensvotum des Reichstags gegen dieses Kabinett soll die Diktatur nach Artikel 48 in Kraft treten, der Reichstag aufgelöst werden, ohne die Neuwahlen in verfassungsmäßiger Weise auszusprechen. Nach dem „Montag-Blatt“ hat Weizsäcker die Absicht, aus Deutschnationalen und „Republikanern“ eine Diktatur zu bilden, die die Diktatur der Sozialisten ersetzen soll.

Scheidemann reist im Lande umher und wickelt rührig für die Große Koalition. Der Parteivorstand hat sich schon zu einer neuen Unterstützung einer Minderheitsregierung Marx bereit erklärt. Bei dem Mißtrauensvotum gegen die Marx-Weizsäcker-Regierung, das von der SPD mit großem Vorrang angeordnet wurde, teilten 24 Abgeordnete, die nicht für das Mißtrauensvotum gestimmt haben, Wohlwollen mit. Sie lehnen, sagt das „Völkische Volkblatt“ (Nr. 207), es ab.

Regierungskrisen

Dresden, den 27. Dezember 1926.
Im Reich, wie in Sachsen, befindet sich die Regierungsbildung immer noch im Keilzustand. Eine Lösung ist noch an keiner Stelle getroffen worden. An beiden Stellen versuchen die Reaktionen ihre Position zu festigen. An einer anderen Stelle unseres Landes drucken wir heute Mitteilungen der bürgerlichen Montag-Preße über Diktaturpläne der Deutschnationalen ab. Die Sozialdemokraten versuchen demgegenüber in die Große Koalition zu kommen. Praktisch bedeutet ein solcher Übergang der Sozialdemokraten in die Große Koalition ja nichts anderes als die Unterstützung verschärfter Ausbeutungsmassnahmen der Bourgeoisie durch die Sozialdemokraten. Internationale Schwierigkeiten könnten ja durch einen solchen Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung nicht entstehen, da die Sozialdemokratie programmatisch die Kapitalpolitik des deutschen Schwerindustriellen unterstützt. Andererseits liegen die Dinge aber so, daß durch die Besprechungen in Tholey und die letzten Verhandlungen in Genf die internationalen Verhandlungen der deutschen Bourgeoisie so weit gediehen sind, daß die Deutschnationalen ihren Wählern erklären können, für diesen Gang der Dinge nicht verantwortlich zu sein, sie andererseits jedoch jetzt an der Ausübung der Regierungsgewalt und der Ausbeutung der Massen sowie an dem Einfluß auf die Schwerindustrie teilnehmen wollen. Deswegen streben die Deutschnationalen nach einer Regierung, an der sie beteiligt sind. Die innerdeutschen Auswirkungen der Beschlüsse von Locarno und Genf sind härtere Fortsetzung der Nationalisierung, weitere Verelendung breiter Volksmassen, Steigerung der Arbeitslosigkeit und in der Folge weiterer Zusammenbruch von Kleinbetrieben. Gegenüber der sich dadurch steigenden Kapitalflucht breiterer Massen gibt es für die Schwerindustriellen Bourgeoisie vorläufig zwei Wege. Der eine ist, die SPD-Führer wieder zur Beruhigung und Ablenkung der Massen zur Regierung heranzuziehen, der andere, unter Beistand der Deutschnationalen eine Regierung der härtesten Diktatur und Unterdrückung zu schaffen. Die Führer der Schwerindustrie schwanken noch zwischen diesen beiden Auswegen hin und her. Die Gruppe um Stresemann möchte noch einmal eine Regierung der Großen Koalition, um eine ruhigere Entwicklung zu bekommen und ihre Pläne doch zu erreichen, während ein anderer Teil um Scheidemann schon jetzt für die offene Diktatur einsteht. Wir brauchen hier nicht besonders auf die Rolle der Großen Koalition einzugehen, da die Tätigkeit solcher Regierung, Sprungbrett für weitere Verschärfung der kapitalistischen Macht zu sein, aus der Vergangenheit allgemein bekannt ist. Ueber die Regierungsbildung schreibt am Sonnabend die Frankfurter Zeitung, daß der Reichspräsident wahrscheinlich bereit sei, die Formulierung des deutschnationalen Grafen Weizsäcker auszunehmen und daß man sich mit einer Regierung von Deutschnationalen, Volkspartei, Bayerischer Volkspartei und Wirtschaftspartei rechnen könne, die evtl. vom Zentrum unterstützt würde. Die Gefahren der Situation seien groß, wenn der Reichstag noch lange in den Ferien bleibe. Deswegen solle Lohse baldigt den Reichstag wieder zusammenrufen.

Der gelungene Staatsstreich der Reaktionen in Litauen wird von Deutschnationalen so stark in Kauf genommen zu sein, wie es in Deutschland einen ähnlichen Versuch machen zu können. Sie werden sich aber sehr freuen, in Deutschland werden die Pläne der Reaktionen auf den einschüchternden Widerstand der gesamten Arbeiterklasse stoßen. Den Mut aber zu solchen Plänen erhalten die Deutschnationalen aus dem Vertrauen der SPD, aus dem ewigen Zurückweichen und dem sich beweisenden Scheitern der Arbeitermassen. Die SPD versucht, entgegen dem Bestreben der Deutschnationalen, eine Regierung der Großen Koalition zu bilden. Jede Massenbewegung gegen die Reaktionen wurde bisher von den sozialdemokratischen Führern übersehen und wird auch weiterhin abgesehen werden. Die Pläne der SPD werden keinen Kampf gegen die Reaktionen, sondern unbedingtes Zusammenarbeiten mit dem Imperialismus. Dieser geht natürlich nur auf Kosten der Arbeitermassen.

Die sozialdemokratische Fraktion zählt 131 Mitglieder. Davon haben 21 keine Karten abgegeben. Ein Teil der Rechten ist infolge Krankheit an der Teilnahme an dieser Sitzung verhindert gewesen. Andererseits aber steht fest, daß eine Reihe sozialdemokratischer Abgeordneter mit Vorbehalt der Zustimmung ferngeblieben ist. Sie haben die Verantwortung über den Sturz des Scheidemann-Kabinetts nicht übernehmen wollen. Dies dürfte zutreffen für folgende Genossen: Bernke, Dr. David, Sed, Mannstein, Hildebrand, Stuttgart, Hänsch, König, Weizsäcker, Meier, Baden, Schäfer, Schäfer, Schulz, Bremer, und Unterleitner.
So wirkt ein sozialdemokratisches Organ. Die SPD-Führerschaft will also nicht kämpfen, ja sie hat nicht einmal den Willen, mit Gewalt einzusetzen.
Die gelungene Politik des Parteivorstandes ist diktiert von der Furcht vor der eigenen Courage und der Furcht vor den Arbeitermassen. Die Arbeiter müssen jetzt die Augen offenhalten. Genf, Locarno in England stehen sie vor der Gefahr eines förmlichen Verrats. Nur die größte Wachsamkeit der arbeitenden Massen wird die Pläne der Reaktionen zu verhindern können. Der Kampf der Reaktionen hat den Weg der Rettung der Massen gezeigt. Jetzt ist es an der Zeit, seinem Weg zu folgen, für keine Forderungen einzutreten.

Ueberraschende Aufklärung des Zwecks der Lügenheke

Qualifiziertes Kapital erhält die Junkers-Aktien
Millionenschaden des Reiches auf Kosten der Steuerzahler

Die „Zeit-Ratzen“ melden:
In der Reichstagsdebatte vom 16. Dezember und der daran anschließenden Kontroverse in der Presse ist zu bemerken:
Die offene Verbindung zwischen Junkers und Rußland in Bezug auf Flugzeugbau ist seit dem Frühjahr 1925 gelöst. Seit dieser Zeit wird die Reichsregierung eingesehen hat, daß sie hierher für sich keine Vorteile haben würde. Unter der Regie des Reichsfinanzministers von Schlieffen wurde das Junkers-Werk in Rostow so gut wie stillgelegt, die noch bedeutenderen Projekte für Rußland kamen überhaupt nicht zur Realisierung. Statt dessen wurde die Vergrößerung des Berliner Flugzeugwerkes forciert. Hier ist gelang nicht, Junkers wirtschaftlich auf seine Beine zu stellen.
Es ist jedoch fraglich, ob diese finanziellen Anstrengungen des Reichs, d. h. Finanz- und Beherrschung, zur Lösung seiner engen Beziehungen zu Junkers vorantreiben könnten. Hier stehen die wichtigsten Faktoren der Außenpolitik der Reichsregierung die Entscheidung abgenommen, die in folgender Weise gefaßt ist: Das Reich hat von Junkers bei der Sanierung vor sich einen Jahr zunächst die Auslieferung von 80 Prozent seiner Aktien verlangt, diese aber nicht selbst behalten, sondern einem Konzern übergeben, der sich dabei beherrschende Verantwortung vorbehalten hat.
Das Interessante dabei ist nun die Person des Treuhänders. Es ist der Kommerzialrat Hed in Dessau, Vorstand der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft zu Dessau. Und diese steht in engen Beziehungen mit der Royal-Dutch-Schellinger Verbindung mit der Royal-Dutch-Schellinger Gruppe, der großen englischen Petroleum-Gesellschaft, die zur Uebereinstimmung mit den Intentionen des Reichs-Offiziers arbeitet.
Der Hed, Treuhänder der deutschen Regierung, ist also gleichzeitig der Vertreter wichtigster englischer Banken- und Gesellschaften. Damit ist der Kampf um den wichtigsten deutschen Flugzeugbau, die Junkers-Werke, zunächst einmal zugunsten der Engländer und zugunsten Rußlands entschieden. Die Engländer besitzen technischen Art in den Rostower Flugzeugwerken, welche sich steigern, da England wohl kaum gestalten dürfte, daß Junkers den Rußen Stützen für sein durch Patente völlig geschütztes Flugzeugwerk erteilt. Die Entwicklung des Junkers-Werkes ist in die Hände Englands gegeben, das ihn so nach Belieben fördern oder drohen kann.
Wir müssen die Verantwortung für die Wichtigkeit dieser Information natürlich der betreffenden Korrespondenz überlassen. Wenn aber nur ein Teil davon wahr wäre, so würde die Lügenheke der letzten Zeit eine überraschende Aufklärung. Es handelt sich darum, dem englischen Kapital die Aktienmehrheit der Junkers-Werke auszuliefern.
Der ganze Zusammenhang wird noch klarer, wenn man die folgenden eben bekanntgewordenen Tatsachen erfährt:
Das Reich hat den Junkers-Werken viele Millionen Subventionen gewährt und dafür 80 Prozent der Aktien erhalten. Man will man, wie so schon gesagt wird, die Verbindung mit den Junkers-Werken lösen. Wie der „Völkische Volkblatt“ schon vorhin weiß, soll dies in der Belle geschahen sein, daß das Reich

den Junkers-Werken alle bisher gezahlten Subventionen (soweit überdies 80 Prozent der Aktien ohne Cashzahlung an Junkers zurückgibt). Die Steuerzahler aus dem wertvollsten der Reichs haben für den Verlust auskommen, der sich nach der vorläufigen Schätzung des Vorwärts auf mehrere 10 Millionen beläuft. Da aber Junkers Kapital braucht, behält noch den Mittelungen der SPD der Treuhänder des englischen Kapitals die Aktien und gibt dafür Junkers Gelegenheit, sich für den englischen Militarismus zu bedanken.
Eine bewährte Transaktion auf Kosten der deutschen Steuerzahler hätte man sich nicht leisten können, ohne vorher den Lügenradar mit den russisch-deutschen Beziehungen zu machen.
Die SPD-Fraktion, die sich vor allem zur Förderung dieses Geschäftes hergegeben hat, steht nunmehr offen als Diener des englischen und deutschen Kapitals am Pranger.
Damit erklärt sich auch das rätselhafte Verhalten des Vorwärts, der in seiner Ausgabe vom Donnerstagabend nicht zu befehlen wagt, daß die SPD-Fraktion im Reich sollen sich schwindeln vorbereiten. Auf Wunsch befehligen wir dem Vorwärts gern, daß es sogar wagen gibt, die letzte er noch nicht annimmt aus Furcht, sich noch mehr als bisher zu gefährden. Durch diese Tatsache wird jedoch nichts daran geändert, daß der Vorwärts im Interesse des Kapitals seine Velehrschändlich belogen hat.
Die Kommunistische Partei Kampfe gegen die Subventionierung des kapitalistischen Junkers und anderer Großkapitalisten. Doch erst vor wenigen Tagen hat die SPD mit kapitalistischen im Reichstag den Junkers-Werken wieder 10 Millionen bewilligt.
Die SPD-Fraktion hat also nicht nur die Arbeiter schamlos belogen, die SPD hat den Großkapitalisten wieder viele Millionen, die dem arbeitenden Volk erprecht wurden, in den Rücken geworfen.
Der Junkers-Vertrag unterzeichnet
Sunderte Millionen Steuerzahler verhehrt.
Am Freitag wurde in Dessau der Vertrag des Reiches mit den Junkers-Werken abgeschlossen und unterzeichnet. Auf Grund dieses Vertrags verpflichtet das Reich, die zur Instandhaltung der Junkers-Werke gegebenen Kredite, die sich in die Hunderte von Millionen belaufen. Außerdem gibt das Reich die bisher in seinem Reich befindlichen 80 Prozent der Aktien ohne Cashzahlung an die Junkers-Werke zurück, die nunmehr in englischen Besitz übergehen.
Damit sind wieder einmal viele Hundert Millionen, die dem arbeitenden Volk abgezogen wurden, den Großkapitalisten pervertiert. Jetzt dürfte jedem Arbeiter die von der SPD so eifrig behauptete Heer über die Sozialdemokraten klarwerden. Der „Frankfurter Guardian“ begann die Heer im Auftrag des englischen Großkapitals, die SPD führte die Heer in die deutsche Reichstagskammer. Die SPD hat bei der Beibehaltung Deutschlands 10 Millionen tröstlich Dankschreiben geleistet.

den Junkers-Werken alle bisher gezahlten Subventionen (soweit überdies 80 Prozent der Aktien ohne Cashzahlung an Junkers zurückgibt). Die Steuerzahler aus dem wertvollsten der Reichs haben für den Verlust auskommen, der sich nach der vorläufigen Schätzung des Vorwärts auf mehrere 10 Millionen beläuft. Da aber Junkers Kapital braucht, behält noch den Mittelungen der SPD der Treuhänder des englischen Kapitals die Aktien und gibt dafür Junkers Gelegenheit, sich für den englischen Militarismus zu bedanken.
Eine bewährte Transaktion auf Kosten der deutschen Steuerzahler hätte man sich nicht leisten können, ohne vorher den Lügenradar mit den russisch-deutschen Beziehungen zu machen.
Die SPD-Fraktion, die sich vor allem zur Förderung dieses Geschäftes hergegeben hat, steht nunmehr offen als Diener des englischen und deutschen Kapitals am Pranger.
Damit erklärt sich auch das rätselhafte Verhalten des Vorwärts, der in seiner Ausgabe vom Donnerstagabend nicht zu befehlen wagt, daß die SPD-Fraktion im Reich sollen sich schwindeln vorbereiten. Auf Wunsch befehligen wir dem Vorwärts gern, daß es sogar wagen gibt, die letzte er noch nicht annimmt aus Furcht, sich noch mehr als bisher zu gefährden. Durch diese Tatsache wird jedoch nichts daran geändert, daß der Vorwärts im Interesse des Kapitals seine Velehrschändlich belogen hat.
Die Kommunistische Partei Kampfe gegen die Subventionierung des kapitalistischen Junkers und anderer Großkapitalisten. Doch erst vor wenigen Tagen hat die SPD mit kapitalistischen im Reichstag den Junkers-Werken wieder 10 Millionen bewilligt.
Die SPD-Fraktion hat also nicht nur die Arbeiter schamlos belogen, die SPD hat den Großkapitalisten wieder viele Millionen, die dem arbeitenden Volk erprecht wurden, in den Rücken geworfen.
Der Junkers-Vertrag unterzeichnet
Sunderte Millionen Steuerzahler verhehrt.
Am Freitag wurde in Dessau der Vertrag des Reiches mit den Junkers-Werken abgeschlossen und unterzeichnet. Auf Grund dieses Vertrags verpflichtet das Reich, die zur Instandhaltung der Junkers-Werke gegebenen Kredite, die sich in die Hunderte von Millionen belaufen. Außerdem gibt das Reich die bisher in seinem Reich befindlichen 80 Prozent der Aktien ohne Cashzahlung an die Junkers-Werke zurück, die nunmehr in englischen Besitz übergehen.
Damit sind wieder einmal viele Hundert Millionen, die dem arbeitenden Volk abgezogen wurden, den Großkapitalisten pervertiert. Jetzt dürfte jedem Arbeiter die von der SPD so eifrig behauptete Heer über die Sozialdemokraten klarwerden. Der „Frankfurter Guardian“ begann die Heer im Auftrag des englischen Großkapitals, die SPD führte die Heer in die deutsche Reichstagskammer. Die SPD hat bei der Beibehaltung Deutschlands 10 Millionen tröstlich Dankschreiben geleistet.